

7. Die Religiösen, welche nicht durch besondere Gelübde zu strengem Fasten verpflichtet sind, können von diesem Indulte Gebrauch machen. Das Breve trägt das Datum des 10. Juni 1911.

Kirchliche Zeitläufe.

Von P. Dr. Bonifaz Senzer O. S. B., z. Z. St. Paul, Kärnten.

1. Belgien (Schulreform und Wahlkampf).
2. Portugal (Kirchenpolitisches).
3. Der italienisch-türkische Krieg und der Klerus.
4. Siebenzehnter Mailänder Katholikentag und fünfter N.-Dr. Landeskatholikentag.

1. Seit siebenundzwanzig Jahren sind die Katholiken Belgiens im Besitze der politischen Macht und der Regierung und seit siebenundzwanzig Jahren haben sie allen Anstürmen der Liberalen getrotzt und stegreich die Landesverwaltung in Händen behalten. Und das Land stand sich nicht schlecht dabei. Mit großem Geschick sind die schwierigsten Probleme zu Gunsten der gesamten Bevölkerung gelöst worden, wie noch in unseren Tagen die vielumstrittene Kongofrage, deren Beilegung auch von gegnerischer Seite hauptsächlich den Bemühungen und dem Geschick des Ministerpräsidenten Schollaert, einem der fähigsten Männer des heutigen Belgien, zugeschrieben wird.

Dem internationalen Freimaurertum und der glaubensfeindlichen belgischen Sozialdemokratie war die katholische Landesregierung längst ein Dorn im Auge und mehr denn je sollte gegen sie im Jahre 1911 Sturm gelaufen werden. Heute tobt der Kampf, wenn auch im Augenblicke mehr unter der Oberfläche, auf der ganzen Linie und es mag dem Leser nicht uninteressant sein, die Entwicklung der Dinge hier an sich vorüberziehen zu lassen.

Im März geschah der erste Vorstoß. Infolge spärlicher Teilnahme der katholischen Kammermitglieder war ein gegnerischer Antrag durchgegangen, wonach gegen den Willen der Rechten und gegen die Tendenzen des der Mehrzahl nach aus ihr gebildeten Ministeriums eine Glückwunschadresse an das italienische Parlament anlässlich des Jubiläums der „Italia unita“ gesandt wurde, eine Aufmerksamkeit, die dem Empfinden der gesamten katholischen Bevölkerung Hohn sprach. „Das Ende der klerikalen Ära in Belgien“ glaubte mancher schon gekommen. Noch war der Wunsch nur der Vater des Gedankens. Die Schulgesetzgebung sollte den vollen Triumph bringen.

Im gleichen Monat März legte Ministerpräsident Schollaert der Kammer eine dem Lande schon längst versprochene Schulreform vor, die ob ihrer offenkundigen Vorteile für das gesamte Erziehungs- wesen und ob des darin zum Ausdruck gebrachten modernen Empfindens auf allgemeine Annahme wohl rechnen durfte. „Die Zukunft“, hatte Schollaert an die Spitze seines Gesetzes geschrieben, „wird dem Volke gehören, dessen Bildungs- und Erziehungsweisen am besten und vollkommensten den Bedürfnissen der Gegenwart an-

gepaßt und am ehesten dem Geiste der Masse entsprechend ist.“ Dabei aber sollte jedem Familienvater die Freiheit, die nach den Worten desselben Ministerpräsidenten „dem belgischen Volke im Blute liegt“, gewahrt werden, jene Schule zu wählen, deren Erziehung seinem Glauben und seinem Empfinden entspreche. Schollaert erfindet deshalb die sogenannten Schulscheine (*bons scolaires*), deren jedes Familienhaupt so viele erhält, als es schulpflichtige Kinder hat. Als ein neutrales Dokument gedacht, soll der Schulschein dem Vater die größte Unabhängigkeit in der Wahl zwischen religionsloser und konfessioneller Schule sichern. Jede mit unlauteren Mitteln betriebene Propaganda für eine der beiden Schulen aber bestraft das Gesetz. Bei solch weitgehender Liberalität einer katholischen Mehrheit schien die Annahme nicht unberechtigt, es werde das neue Schulgesetz den Beifall aller Politiker finden, um so mehr, als der Gesetzentwurf im Prinzip den Forderungen jedes modernen Staates gerecht wurde: Der allgemeinen Schulpflicht, die seither in Belgien unbekannt war, der Unentgeltlichkeit der Volksschule und der Gleichberechtigung aller auf dem Boden der Schulgesetze stehenden Schulen.

Und doch lehnte ein ad hoc gebildeter liberal-sozialistischer Block das Gesetz vom Anfang an mit unerhörter Heftigkeit ab. Man wollte in ihm ein Mittel erblicken, das nur zur Stärkung des Klerikalismus und zur Machterhöhung der Orden erfunden sei, das den Besuch der katholischen Schulen allzusehr von der agitatorischen Tätigkeit des Ortspfarrers abhängig mache und damit die katholische Landesregierung fürs neue auf Jahre hinaus festlege. Obergenoße Vandervelde mobilisierte die Anhänger aller katolikengefeindlichen Parteigruppen zum Kampf wider die Schulreform, zum Kampf mit der Regierung bis aufs Messer. Es war vollendete Heuchelei, wenn er die Parole ausgab: „Die von der Linken lassen nur eine amtlich unterstützte Schule zu: die Laienschule.“ Damit erklärte er sich gegen die Möglichkeit, daß der Familienvater sein Kind nach seinen Grundsätzen erziehen lasse. Im Gegensatz hiezu sollten aber die Katholiken wie in Frankreich gezwungen sein, mit ihrem Gelde jene Schulen zu unterhalten, in denen der Umsturz jeder staatlichen Ordnung und der Haß wider jede Art Religion gepredigt wird. Der Schulentwurf wurde dem Bürger als ein verwegenes Attentat auf die seitherige Schule und als ein gemeiner Raubzug der Klöster auf die öffentlichen Kassen Belgiens dargestellt. Man sprach von 20 Millionen, die den Kloster- und Kongregationschulen jährlich aus Staatsmitteln zugewendet werden sollten, und appellierte damit an die niedrigsten Leidenschaften des Volkes, das es gewiß gerecht befunden hätte, daß jeder Schule die staatliche Unterstützung zuteil werde, die sie nach Maßgabe der für sie abgegebenen Schulscheine zu beheben berechtigt wäre.

Während der Osterpause der Kammer verschärfte sich die Spannung zwischen Katholiken und Liberalen mehr und mehr. Wiederholt

kam es in den beiden Häusern des belgischen Parlamentes zu heftigen Zusammenstößen. Täglich wurden im Lande Protestversammlungen abgehalten, da die Kammer den Schulentwurf gerade jetzt durchberaten sollte. Am bemerkbarsten war die Riesenversammlung der vereinigten Liberalen und Sozialisten am 31. Mai im Zirkus zu Brüssel, die mit einer Straßendemonstration endigte, deren bezeichnendste Rufe waren: „Nieder mit den Klerikalen! Nieder mit den Klöstern!“ Damit war — sollte noch ein Zweifel obgewaltet haben — der tiefste Grund der ganzen Sache ausgesprochen. Um dann einzelne noch zweifelnde und zögernde Regierungsmitglieder der Gegenpartei und vor allem den König selbst gegen diese Vorlage einzunehmen, wurden von in- wie ausländischen liberalen Pressorganen „folgenschwere Volksereignisse“ prophezeit, falls die Regierung das Schulgesetz nicht zurückziehe. Besonders stark zog man König Albert in die Debatte und wirklich hatte es einige Zeit den Anschein, als ob er, einen öffentlichen Aufruhr fürchtend, vorzeitig die Kammer auflösen werde. Immer wieder, in öffentlichen Versammlungen, in Volksmeetings usw. wurde mit Emphase in die Welt hinausposaunt: „Der einzige Zweck des neuen Schulentwurfes ist, die Schule der Kirche bedingungslos auszuliefern, um die Klöster mit dem Unterricht zu betrauen und sie dafür aus dem Staatsschatz zu bereichern.“

Es kam zur Ministerkrise. Am 8. Juni gab Präsident Schollaert seine und des ganzen Ministeriums Demission. Darob großer Jubel im liberal-sozialistischen Kartell; man feierte die Demission als Siegestat des Blocks. Und wirklich fiel das katholische Kabinett der vereinigten gegnerischen Agitation zum Opfer. Die Rolle, welche hierbei der katholische Staatsminister Woeft und auch der König spielten, war wenig rühmlich; der Augenblick, näher darauf einzugehen, ist noch nicht gekommen.

Für Kammer und Senat war der Regierungswechsel, mochte was immer für ein Kabinett folgen, von ganz geringer Bedeutung. In jener haben die Katholiken eine Mehrheit von sechs, in dieser eine Mehrheit von elf Stimmen. Trotzdem galt so manchem der Sturz des Ministeriums als „der Beginn des unaufhaltbaren Zusammenbruches der klerikalen Herrschaft“. Die judenliberale Presse jubelte: „Ob nun ein Koalitionskabinett kommen mag oder ein neutrales Geschäftskabinett, die erste Folge des Rücktritts des Kabinetts ist, daß das Schulgesetz nicht zustande kommt. Schon das allein ist für Belgien erfreulich. Die weitere Folge aber wird sein, daß das belgische Volk ein Joch abschüttelt, unter dem es siebenundzwanzig Jahre geknechtet hat, daß eine Herrschaft zusammenbricht, die den Kontakt mit der Zeit und den Völkern immer mehr verliert. Der Klerikalismus hat Unglück im 20. Jahrhundert!“ Und die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in ihrer geschmackvollen Art: „Das war ein Festtag für alle Freunde des Lichtes und der geistigen Freiheit, welcher Nation sie auch angehören mögen. Das belgische Schulgesetz ist gefallen und alle, die

der ganzen Menschheit Befreiung aus der Finsternis und Gebundenheit römischer Weltanschauung und Erziehung wünschen, haben Recht und Anlaß, an dem Triumphe teilzunehmen."

Es war ein kluger Schachzug des Königs, den die Liberalen mit Dank quittieren mußten, daß er dem Ministerium wohl das Vertrauen entzog und es fallen ließ, trotzdem aber die Kammer nicht auflöste, um auf Grund von Neuwahlen ein neues Kabinett zu bilden. Jetzt wäre die katholische Mehrheit der Kammer gewiß erhalten geblieben und somit auch das Ministerium ihr entnommen worden. Ist aber einmal nach der nächsten Volkszählung die Zahl der Abgeordneten erhöht (ein Abgeordneter auf 40.000 Seelen), so erhofft man dem liberal-sozialistischen Block eine wenn auch schwache Majorität und damit den Wiederbeginn der liberalen Ära; nur das fürchten wir, und wer möchte bei der heutigen Abhängigkeit der belgischen Liberalen von den roten Internationalen diese Furcht unbegründet nennen, es wird vielmehr eine sozialdemokratische Ära sein. Politische Umwälzungen werden dann freilich den kirchlichen vorausseilen.

Nach Schollaerts Abgang übernahm der seitherige Eisenbahnminister Baron de Brocqueville die Bildung des Kabinettes, das in seiner Zusammensetzung noch immer ein Abbild der katholischen Kammermehrheit ist. Manch fähiger Kopf wird freilich in ihm vermisst, aber andere nicht weniger bedeutende Männer sind an ihre Stelle getreten. In der Programmklärung versprach die neue Regierung, die Schulfrage „mit Ruhe und Ueberlegung prüfen zu wollen“, ohne sie indes, wie man erwartet hatte, völlig zurückzuziehen. Die Enttäuschung der Gegner war groß. Wandervelde, der sozialistische Führer, gab ihr Ausdruck, als er unter dem Beifall der gesamten Linken die Erklärung abgab, die Allianz der Oppositionsparteien bleibe bestehen und ihr gemeinsamer Schlachtruf werde auch in Zukunft sein: „Vom Ungeziefer der Pfaffen erlöst das Vaterland!“ Ihr Programm aber werde bleiben: Kampf gegen die Schulvorlage, Kampf gegen das Klostergesetz.

So war es endgültig zur vollen Verbrüderung des liberal-sozialistischen Blocks gekommen, ein Kartell, das schon bald in allen größeren Städten mit überwiegender Industriebevölkerung auch auf das Gemeindewesen ausgedehnt wurde mit dem ausgesprochenen Zwecke, alle katholischen Elemente aus dem Rathausaal auszuschließen. Uns wundert dabei nur die Kurzsichtigkeit der Liberalen; aber Haß hat noch immer blind gemacht. Sie haben sich unter das Joch der Sozialdemokratie gebeugt, haben ihre Ueberzeugung, ihre Traditionen und ihre eigenen Interessen bis zur Selbstvernichtung der Partei preisgegeben. Der einst gefeierte liberale Wortführer Hymans ist zum Trabanten Wanderveldes herabgesunken und der belgische Liberalismus ist zum Anhängsel der roten Internationalen geworden.

Diese längst nicht mehr zu verschleiernde Tatsache fand ihren solennen Ausdruck in der gemeinsamen Straßenkundgebung des

15. August zu Brüssel, bei der das Roheste und Gemeinste an Angriffen auf die katholische Mehrheit der Bevölkerung geleistet wurde. „Der Patriot“ faßt es in die wenigen, aber vielsagenden Worte zusammen: „Den 15. August sind Tausende von Individuen durch Brüssel gezogen, die schrien: nieder mit den Pfaffen! die, um die religiösen Gefühle der Katholiken zu verspotten, das Ave Maria nachäfften, die am Gute Bilder mit betrunkenen Priestern und durch Fußtritte verjagten Nonnen trugen, die Fahnen und Plakate mit Schmähungen auf die Religion der Mehrheit entfalteten.“ Und in den vier Stunden, die der Zug währte, und trotz der tätlichen Angriffe auf die Katholiken nahm die Regierung keine Veranlassung, irgendwie einzuschreiten. An diesem Tage schienen die Katholiken vogelfrei zu sein.

Als dann verlautete, daß sie selbst am 27. August, einem Sonntag, in Löwen eine Gegendemonstration veranstalten wollten, um damit den wirklichen Gefühlen der Volksmehrheit Ausdruck zu verleihen, war des Protestes kein Ende. Allenthalben hieß es: „Diese Kundgebung ist eine vorbedachte Aufreizung der öffentlichen Meinung, ein Attentat auf das Gerechtigkeitsgefühl jedes Arbeiters und Bürgers mit Gefinnungen der Billigkeit. Sie ist es um so mehr, als sie stattfindet wenige Tage nach der mächtigen Kundgebung vom 15. August.“ Solche Worte sind der beste Ausdruck sozialdemokratischer Unduldsamkeit, Unehrlichkeit und Heuchelei, einer Partei, die von jeher das Recht der Straße theoretisch für alle proklamiert, praktisch aber dort in Belgien wie hier bei uns für sich allein in Anspruch nimmt.

Der moralische Erfolg der glänzenden Löwener Kundgebung überragte weit jenen des Brüsseler Demonstrationszuges. Liberale und sozialdemokratische Organe sahen sich zu dem Geständnis gezwungen, daß diese Kundgebung ein Zeichen der Macht und der Disziplin der katholischen Partei gewesen sei, die die Gegner sehr zu beherzigen hätten. Daß aber das katholische Volk so machtvoll für die Schulvorlage eingetreten ist, läßt mit einiger Zuversicht den Kammerwahlen im Mai 1912 entgegenblicken.

Und daran ändert auch der Ausfall der Gemeindewahlen am 15. Oktober nichts. In 2000 Kommunen waren rund 1200 Mandate neu zu besetzen. Der Wahlkampf war ein erbitterter und es kam zu mannigfachen Zusammenstößen; über einige Ortschaften der Provinz Antwerpen mußte sogar der Belagerungszustand verhängt werden. Liberale, Radikale und Sozialdemokraten machten zum erstenmal die Probe auf ihr vereinigtes Kartell und im großen und ganzen nicht ohne Erfolg.

In den meisten großen Städten wurden die Katholiken aus dem Gemeinderat verdrängt, wenn sich auch ihre Stimmenzahl im ganzen Lande mehr als die der anderen Parteien erhöhte. Es zeigte sich das selbst in rein industriellen Orten, so daß das „Journal de Bruxelles“ bekennen mußte: „Es ist sicher, daß die sozialistische Propaganda eine Enttäuschung erleidet. Wir müssen anerkennen, daß das

an erster Stelle die Folge der verständigen sozialen Arbeit der Katholiken ist, die sich besonders auf gewerkschaftlichem Gebiete betätigt. Überall wo die Industrie in ländliche Gegenden einzieht, ist die katholische Sache verloren, sagen einzelne; jetzt liegen Beispiele dafür vor, daß das nicht stimmt; man muß nur recht verstehen, mit Klarblick und Unererschrockenheit der vom Industrialismus drohenden religiösen, sozialen und politischen Gefahr die Verteidigung entgegenzusetzen, nicht eine bloß negative, sondern eine positive."

Es muß doch, nach solchen Worten der eigenen Parteianhänger zu urteilen, der „Sieg“ der vereinigten Linken kein so glänzender gewesen sein. Und wäre er es tatsächlich, so verdienen die Gemeindewahlen keineswegs jene politische Bedeutung, wie man in Belgien jetzt glauben machen will. Sie sind nicht einmal als Vorspiel für die Kammerwahlen anzusehen. Sowohl die Wahlkörper wie auch das Wahlrecht ist von jenen der Gemeindewahlen ganz verschieden. Hier das einfache Stimmrecht, für die Kammerwahlen das Proportional-system.

Am 14. November wurde die Kammer eröffnet und man darf auf das Schicksal der Schulvorlage gespannt sein. Einstweilen hat man dem Lehrer des anarchistischen Massenmordes und Verbrechers Ferrer am 5. November ein Denkmal enthüllt neben der Katharinenkirche in Brüssel. Wie die Tat für ein königstreues Volk, ist auch die Statue selbst tief beschämend. Auf den Zehen reckt sich in Lebensgröße die völlig nackte Porträtfigur in die Höhe, in der Hand eine lodernde Fackel tragend. Uns scheint sie die Worte auf dem Sockel führen zu sollen: Nunc reges intelligite; erudimini qui iudicatis terram.

2. Trügt nicht alles, so ist die von uns im letzten Heft (1911, S. 901) aufgeworfene Frage, ob die neuen Männer der portugiesischen Regierung in der Kirchenpolitik eine gemäßigte Taktik befolgen werden, mit Ja zu beantworten. Wenigstens begann die Deputiertenkammer ihre Tätigkeit mit der Verkündung, sie werde wohl antiklerikal sein, jedoch ohne Feindseligkeit gegen irgend eine Glaubensgemeinschaft. Und bezüglich des neuen Ministeriums läßt sich das „Berl. Tagebl.“ von seinem Korrespondenten berichten: „Eine der ersten Absichten des neuen Ministeriums ist die Einführung von wichtigen Abänderungen an dem Gesetze der Trennung von Kirche und Staat. So soll z. B. die Erlaubnis, daß katholische Priester heiraten können, mit Pensionsberechtigung für deren Witwen und Kinder, zurückgezogen werden, da sie gegen die Moral der katholischen Kirche verstößt. Den Priestern soll es auch wieder gestattet werden, die kirchlichen Gewänder in den Straßen zu tragen, und die Kirchen sollen nicht unter die direkte Aufsicht der Regierung gestellt werden, wie es das gegenwärtige Gesetz vorschreibt.“

Mit solchen Versprechungen soll der christlich empfindende Teil der Bevölkerung für die Sache der Republik gewonnen und von einer

Verbindung mit den immer drohender auftretenden Royalisten abgehalten werden. Daneben aber geht die Inventarisierung und Beschlagnahme des kirchlichen Vermögens ungestört weiter; weiter auch der Kampf und die Heze gegen katholische Geistliche und Ordensleute beiderlei Geschlechtes, von denen man vielleicht nicht mit Unrecht vermutet, daß sie den Bestrebungen der Monarchisten nicht allzu abhold sind. Es fehlt dabei nicht an den schmachvollsten Schandtaten. Ohne Unterschied werden selbst Männer, die nur einer „klerikalen und reaktionären“ Gesinnung verdächtig sind, des Nachts zu Hunderten verhaftet und in den Kerker geschleppt unter dem Vorwande, sich der Mitverschwörung gegen die Republik schuldig gemacht zu haben. Dem Pöbel sind solche Gewalttaten der Regierung gegen die persönliche Freiheit naturgemäß ein stets neuer Ansporn, kirchliche Anstalten zu plündern und in Brand zu setzen, wie es u. a. in Oporto geschah. Durch täglich neu erfundene, alberne Märchen wird dazu die Volksleidenschaft aufgestachelt. So heißt es einmal, daß der Papst 400.000 Franken zu den Kriegskosten der Monarchisten beige-steuert habe und selbst einen seiner Vertrauten an den royalistischen Streifzügen teilnehmen lasse. Wieder ein andermal berichtet die „Epoca“, das ehemalige Ministerblatt, die Regierung wolle ein Manifest an das Volk veröffentlichen, worin erklärt werde, daß die größte Gefahr für die Republik in den etwa 8000 Geistlichen des Landes zu erblicken sei. Wenn es jedem dieser Geistlichen gelinge, auch nur drei Mann den Monarchisten zu gewinnen, so könne jeden Augenblick ein Heer von 25.000 Mann aufgestellt werden. Zu Oporto versuchte man, dank dieser Aufreizung, bereits mehrere Geistliche zu lynchen, überfiel das Zentralseminar dortselbst und brannte es samt seiner reichhaltigen Bibliothek und kostbaren Gemäldesammlung nieder.

Daß damit die Regierung, deren Truppen nicht selten Teilnehmer an solchen Greuelthaten sind, nur die Geschäfte der Monarchisten besorgt, sieht außer ihr jedermann ein. Als die Carbonarios auf ihrem Zuge nach Norden gegen die katholischen Royalisten alle Kreuze, die sie längs der Landstraßen fanden, zerstörten, ging ein Schrei des Unwillens durch die tiefgläubige Bauernbevölkerung und massenhaft verstärkten sie die Reihen der Monarchisten. Es handelt sich dem einfachen Manne dabei nicht so sehr um das monarchistische Prinzip, als vielmehr um den Kampf wider die Religionsfeinde, wie wir früher bereits betonten und wie jeder Tag es neu bestätigt. Man beachte doch nur die Worte selbst einer „Neuen Freien Presse“: „Es ist schon der provisorischen Regierung nicht leicht geworden, sich zu behaupten. Sie hatte von Anfang an nicht nur die Anhänger des alten Regimes, die nicht allzu zahlreich sein mögen, sondern den ganzen Klerus gegen sich, der durch das Trennungsgesetz empfindlich getroffen wurde. Von dem Protest der Bischöfe an bis heute hat die klerikale Agitation, die in Rom starke Unterstützung fand, unausgesetzt gearbeitet und da besonders im Norden der Einfluß des Klerus

sehr groß ist, besteht für jede republikanische Regierung eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Nun hat die neue Regierung, wie sie nach der Konstituante gebildet wurde, allerdings die Absicht ausgesprochen, das Trennungsgesetz in einigen Punkten zu revidieren und Härten zu beseitigen, aber damit ist der Klerus und sein Anhang wohl kaum zufrieden. Daß den Gegnern der Republik vielleicht weniger an der monarchistischen Restauration liegt als an der Stärkung der klerikalen Macht, ist von Kennern der portugiesischen Verhältnisse schon wiederholt betont worden.“ Setzen wir für „Stärkung der klerikalen Macht“ das richtige Wort: Betonung des katholischen Glaubens, und wir haben eine der Haupttriebfedern des Kampfes wider das neue Regime.

Der Kampf z. B. in Oporto aus Anlaß des jüngsten Putschversuches war vielfach nur ein Kampf zwischen Katholiken und revolutionärem Pöbel. „Beim katholischen Klub“, läßt sich das „Berliner Tageblatt“ unterm 3. Oktober berichten, „mußten die Truppen gegen die Volksmenge, welche die Schläuche der Feuerwehr zerschneiden wollte, vorgehen. Auch hier wurden viele Personen verwundet. Die Häuser anderer katholischer Vereinigungen, die ebenfalls brannten, mußten vom 18. Infanterie-Regiment geschützt werden. In Oporto kam es auch zu einem heftigen Angriff auf das Priesterseminar, wobei sich ein Feuergefecht entspann. Die Seminaristen verteidigten sich sehr tapfer und hielten die andrängende wütende Volksmenge in Schach, doch wären sie, wenn nicht rechtzeitig Militär dazu gekommen wäre, schließlich wohl unterlegen und der Volkswut zum Opfer gefallen“. Das gleiche Schauspiel sehen wir in Braccanes und Socorre, woselbst die Kirchen gestürmt, deren Einrichtung zerstört und kostbare Heiligenbilder, schöne, alte Gemälde, Tapeten und andere Kunstgegenstände ins Freie geschleppt und verbrannt wurden.

Nehmen wir zu all diesen Mißhelligkeiten, welche in der Gefolgschaft der jungen Republik stehen, noch den eigenen Bruderkrieg unter den leitenden Männern und der herrschenden republikanischen Partei, so erscheint die Lage Portugals für die nächste Zukunft wenig glänzend. Hier Dr Alfons Costa mit seinen Anhängern, radikalen, extremen Vertretern einer religionsfeindlichen Regierungsform, hier Dr Antonius José d'Almeida und Brito Camacho, die Gründer des gemäßigten Blocks. So einschneidend sind die Gegensätze, daß bis zur Stunde der gemeinsame Parteitag verschoben werden mußte. „Dieses eine Jahr Republik“, urteilt der portugiesische Kronprätendent Dom Miguel in der „N. Fr. Pr.“, „hat dem republikanischen Prinzip in Portugal sehr geschadet. Durch ihre Intoleranz, durch ihre Grausamkeit haben sich die republikanischen Machthaber verhaßt gemacht.“ Wir schließen mit einem Worte der liberalen „Weserzeitung“ (Nr. 23.343), die der eben im Gange befindlichen royalistischen Bewegung kein allzu schlechtes Prognostikon stellt, indem sie in markigen Zügen dem gegenwärtigen Portugal

einen Sündenspiegel vorhält. Sie schreibt: „Die Republik, die gegenwärtig in Portugal herrscht, ist weiter nichts als eine Fortsetzung des monarchistischen Willkürregiments unter einem demokratischen Anhängerschild. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit eine Besserung eintritt, denn die alte republikanische Partei ist seit der Präsidentenwahl, in der an Stelle des allgemein als präsumtiver Präsident angesehenen Bernardino Machado der gemäßigte Manuel d'Arriaga gewählt wurde, gespalten und dadurch ist die alte verderbliche Parteipolitik in neuer Form wieder hergestellt worden. Die Finanzen drohen allein unter der schweren Belastung, die die Belohnung der Parteigänger der Revolution ihnen auferlegt, zusammenzubrechen und können die ungeheuren Ausgaben, die die notwendigen Verbesserungen an Wehrmacht, Unterricht, landwirtschaftlichen Meliorationen usw. verlangen, nicht erschwingen. So dauert die schleichende Krise in Portugal an. Dazu kommt die überstürzte Beseitigung der Kirche, die ein Land wie Frankreich in eine schwere Krise gebracht, aus der es sich nur langsam erholt, die aber Portugal nicht vertragen kann. Das sind wirksamere Voraussetzungen für den Eintritt einer Restauration, als ein paar glückliche Gefechte eines Haufens royalistischer Freischärler, und sie werden im stillen arbeiten, um eines Tages Manuel oder einem anderen Prätendenten die Tore des Königspalastes in Lissabon wieder zu öffnen. Portugal hat vorläufig noch keine Berechtigung, Republik zu sein.“

3. An sich gehört der italienisch-türkische Krieg nicht in unsere Zeitläufe, hätte er nicht unseren Gegnern Veranlassung gegeben, dem Vatikan und dem italienischen Klerus ob ihrer nationalen Gesinnung etwas am Zeuge zu flicken. Schon bald nach Ausbruch der Feindseligkeiten, wie besonders nach der Proklamierung der Annexion von Tripolis, konnte man in den Blättern wiederholten Meldungen über: „Die Freude des Vatikans“ oder über: „Die Begeisterung der Klerikalen“ begegnen. Es waren — und es läßt das die unlautere Absicht nicht mißverstehen — zumal liberale Organe, welche den „klerikalen“ Enthusiasmus hinausposaunten und nicht zögerten, gegen die Katholiken damit den Vorwurf zu erheben, daß sie die alten Gegensätze zwischen Vatikan und Königreich allzusehnell vergessen und übersprungen und sich mehr als Patrioten denn als Katholiken gefühlt hätten. Das „Berl. Tagebl.“ mußte genau zu berichten: „Wie aus dem Vatikan verlautet, äußerte der Papst große Freude über das erste Seegefecht bei Preveza, das er als ein gutes Omen für den Tripolis-Feldzug bezeichnete.“ Der Papst erhofft nämlich Erhebliches von der Christianisierung von Tripolis, das mit einem Netz von Missionen überzogen werden soll. Der Vatikan verfolgt überhaupt die Tripoliserpedition mit unverhohlener Sympathie. Dies war voraussehen, da seit Jahresfrist die vom Vatikan abhängige „Banco di Roma“ in Tripolis eine Filiale besitzt, die bisher die einzige italienische Bank ist. Es ist auch bekannt, daß

der Papst trotz seiner Intransigenz in theologischen Dingen, in politischer Hinsicht durchaus italienisch-patriotisch empfindet, wie auch die loyale Behandlung der katholischen Missionen durch die italienischen Konsularbehörden im Orient offen anerkannt. Als er die Nachricht von der Kriegserklärung erhielt, soll der Papst geäußert haben: „Lieber das Kreuz, als der Halbmond in Tripolis.“

Und die „N. Fr. P.“ faßt die klerikale Kriegsstimmung in die Worte zusammen: „Priester überschritten die Auest, die sie vom offiziellen Italien trennt, und segneten die Truppen; Kirchenfürsten folgten diesem Beispiel, predigten den Krieg für die Christenheit, beteten für die Waffenehre des Königreichs Italien.“

Im Grunde genommen traute man diesen patriotischen Sympathieeundgebungen nicht ganz. In der „Politischen Wochenschau“ des „Berl. Tageblatt“ (Nr. 526) wurde diesem Gefühl des Mißtrauens offen Ausdruck gegeben: „Der italienische Klerus, bis zu seiner höchsten Spitze hinauf, fördert eifrig das Unternehmen auf Tripolis. In den deutschen Filialen der vatikanischen Politik aber tritt bei dieser Gelegenheit mehr die alt überlieferte Abneigung gegen das geeinigte Königreich Italien zutage. Das legt denn doch die Frage nahe, ob die patriotische Begeisterung der Kurie für die Kriegstaten des Hauses Savoyen frei von Hintergedanken sei. Man braucht dabei nicht einmal anzunehmen, daß der Vatikan hoffen dürfe, auch bei einem Fehlschlag seine Rechnung zu finden, insofern dieser mit einer Minderung des staatlichen Ansehens verbunden wäre. Man darf ruhig voraussetzen, daß der Vatikan nur mit einem Gelingen des gewagten Geschäfts rechnet. Muß es dem Papsttum nicht einen gewaltigen Zuwachs an Einfluß und Macht eintragen, wenn unter seinem Beistande Tripolis erobert, wenn unter Mithilfe klerikaler Gelder Tripolis kolonisiert wird? Freilich würde ein Vorstoß der römischen Weltkirche in die nordafrikanischen Gebiete des Islams eine dauernde und schwere Gefahr für den Weltfrieden bedeuten. Aber wo es gilt, der Kirche verlorenes Gebiet zurückzuerobern, da ist die Kirche noch nie vor der Entfesselung blutiger Kriege zurückgeschreckt.“

So begreiflich es nun auch einerseits ist, daß der italienische Klerus den Waffen der eigenen Landsleute den Sieg wünscht und erstrebt, so ist es andererseits doch tief bedauerlich, wenn hiebei ein gerechtes Maß überschritten wurde. Gewiß hätten die Kirchenfeinde noch mehr Aufhebens gemacht und nicht genug die antipatriotische Haltung des italienischen Klerus bekräftigt, wenn dieser die allgemeine Begeisterung nicht geteilt hätte. Allein es will uns scheinen, daß es den Interessen der Kirche doch ganz widersprechend ist, wenn der italienische Klerus selbst in Tripolis oder gar in der Türkei seiner Siegesfreude unverhohlen Ausdruck verleiht. Und an beiden Orten soll es in dieser Weise geschehen sein. So wurde aus Tripolis berichtet: „Tadelnswert war in diesen Tagen nach der Landung der

italienischen Marinetruppen in den Straßen der Stadt das Verhalten einiger Franziskaner von der katholischen Mission. Ihre Art hatte etwas Herausforderndes, Höhnisches, zu der sie in keiner Weise eine Berechtigung hatten. Wäre nicht das Verhalten anderer von ihnen ebenso würdevoll, ebenso einfach und bescheiden gewesen, so hätte man wirklich geneigt sein können, allen die alten Sympathien zu entziehen.“ Ähnliches soll sich selbst in Konstantinopel und in anderen Städten der Türkei ereignet haben, wo die osmanische Regierung gegen die Haltung gewisser italienischer Ordensgesellschaften protestierte, die öffentlich ihre Freude über die Besetzung von Tripolis bekundeten.

Es war ein von südlichem Temperament herrührender Ueberfluß an nationaler Begeisterung einzelner, dazu ein Mangel an Rücksichtnahme auf die großen und allgemeinen Interessen unserer Kirche und Religion.

Freilich geschah dem allem bald Einhalt. Vatikan und Kurie trifft kein Vorwurf, und es war des Papstes angelegentlichste Sorge, an seiner neutralen Haltung durchaus keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Die rednerische Entgleisung des Kardinals Bannutelli, bei Gelegenheit einer fürstlichen Hochzeit zu Rom, wurde durch eine vatikanische Note im „Osservatore Romano“, dem offiziellen Organ, scharf verurteilt. Und als die Gerüchte von der offenen Sympathie des Vatikans für die Waffen Italiens nicht verstummen wollten, veröffentlichte dasselbe offiziöse Organ nachstehende Erklärung: „Der ‚Osmanische Lloyd‘ und viele andere Zeitungen fahren trotz der offiziellen Erklärung des Vatikans fort zu behaupten, daß der Heilige Stuhl irgendwie beim italienisch-türkischen Konflikt eine Rolle spiele. Sie gehen sogar so weit zu insinuieren, daß es sich um finanzielle Interessen des Vatikans handle. Wir warnen vor diesen falschen und tendenziösen Nachrichten.“

Wie lange die Wirkung solch unzweideutiger Erklärungen anhält, bleibt abzuwarten.

4. Unter den tröstlichen Erscheinungen, die im letzten Jahresviertel den Ernst der Situation milderten, der sich allenthalben dem aufmerksamen Beobachter des katholischen Lebens so vieler Länder darbietet, sollen hier nur zwei registriert werden, Veranstaltungen, deren Bedeutung längst anerkannt ist, die aber noch vielmehr jährlicher Gast in unseren Kronländern werden sollten. Wir meinen den in Mailand anfangs September abgehaltenen siebenzehnten Diözesan-Katholikentag und den fünften niederösterreichischen Landes-Katholikentag. Beide haben eine Fülle von Begeisterung in ihren Ländern zu wecken verstanden; beide haben Tausende von Katholiken zu gemeinsamer Beratung vereinigt, dort in Oberitalien mehr denn 20.000, hier in Wiener-Neustadt wohl an die 8000 Mann, und von beiden ist für die Sache des Glaubens und eines Lebens nach den Prinzipien des Glaubens mächtige Anregung ausgegangen.

Zumal in Oberitalien war es erfreulich und anspornend zugleich zu erfahren, was die letzten Jahre hier auf sozialpolitischem Gebiet geleistet haben, an Organisation der katholischen Textilarbeiter, der Bauern-, Jünglings- und Männervereine, der Arbeiterinnenvereine, der verschiedenen Genossenschaften, der Gesellen- und Jünglingsvereine usw. Man vermag die Zuversicht nachzufühlen, mit der der Präsident des katholischen Volksvereines Italiens die berechtigt stolzen Worte sprach: „Wenn dann das allgemeine Wahlrecht eingeführt ist und unsere Arbeiter zur Urne gehen können, dann wollen wir zeigen, daß wir bereit sind zu beweisen, daß die Lombardei heute wie immer katholisch ist.“

Es ist noch nicht lange her, daß die Katholiken Italiens eine solche Sprache führen können, am wenigsten in der von Freimaurern und Sozialisten durchwühlten Lombardei. Aber die 17. Wiederholung des Diözesan-Katholikentages weist deutlich auf das Mittel hin, das solchen Umschwung allmählich gebracht. Es wäre zu wünschen, daß jede Provinz und jede Diözese dem Mailänder Beispiel folgte. Das katholische Bewußtsein Italiens müßte allenthalben mächtig auflodern und das Non expedit, das heute die Wahlurne dem Gegner überläßt, könnte bald in ein kräftiges Expedit umschlagen zum Heil und Segen der Kirche und des Landes.

Die Aufgaben unserer Katholikentage im allgemeinen hatte als Einleitung zu jenem in Wiener-Neustadt Dr. Richard von Kralik in der „Reichspost“ in seiner scharfsinnigen, prägnanten Art beleuchtet und damit dem Gegner eine wenn auch rostige Waffe im vorhinein aus der Hand gewunden, der so gern in unseren Tagungen so etwas wie Demonstration wittern will. Und gewollte Demonstration war auch der Wiener-Neustädter Katholikentag nicht, vielmehr ein reiches Arbeitsfeld, das fleißige, tüchtige Hände redlich bebauten. An der Spitze all der Trefflichen Kardinal Fürsterzbischof Ragl. Der Tagung lag als Hauptgegenstand die Katholiken-Organisation zu Grunde, und sollte in der nächsten Zukunft die agitatorische Arbeit der Katholiken eine noch intensivere sein, wird man an den niederösterreichischen Landes-Katholikentag denken müssen. Ein glücklicher Gedanke war es, die so verschiedenartigen Arbeiten zwischen der nichtpolitischen Katholiken-Organisation und dem katholischen Volksbund für Oesterreich zu teilen. Der Resolution zufolge fällt jenem „die Einberufung von Protest-Aktionen und anderen großen Versammlungen, die Einberufung von Dekanats-, eventuell Bezirks-Katholikentagen und Diözesandelegierten- und Vertrauensmänner-Versammlungen, sowie der rege Verkehr mit den in Fachgruppen gesammelten Vereinen Wiens und der Wiener Erzdiözese zu; diesem dagegen die ganze Aufklärungsarbeit und die damit zusammenhängende Versammlungstätigkeit und die Gewinnung und Schulung der Einzelpersonen“. Ueber beiden steht die katholische Union als Reichsorganisation, eine Organisation für alle österreichischen Länder,

die ein einheitliches Vorgehen aller Vereine ermöglichen soll. Czechen, Polen, Slowenen und Italiener haben bereits ihren Anschluß an die katholische Union gemeldet und unter dem Jubel der Zuhörer konnte der Vertreter der katholischen Union das bekannte Wort umprägen: „Bald wird ganz Oesterreich in unserem Lager sein.“ Wieder ist ein fruchtbringendes Samenkorn in österreichische Erde gesenkt worden; möge es wachsen und gedeihen und erstarken. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr ferne, da wir im katholischen Oesterreich eines starken Baumes der Einheit, der Reinheit, der Kraft und Macht bedürfen. Die Kleinarbeit zur Schaffung des Trifoliums ruht vielfach nur in den Händen des österreichischen Klerus.

(Abgeschlossen am 15. November 1911.)

Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Professor Peter Kittliko in Ried (D.-De.).

Im letzten Hefte der Quartalsschrift habe ich einige Missionsgebiete angeführt, in denen es den Missionären gelungen ist, einen Teil der Ausgaben durch eigene Einnahmen zu decken. Die Zahl dieser Missionen ist aber klein. Die meisten sind auf Unterstützungen von auswärts angewiesen, und von diesen Unterstützungen hängt es häufig ab, ob die Mission Fortschritte macht oder nicht. Die finanzielle Frage spielt im Missionswesen eine große Rolle. Die meisten Berichte der Missionäre schließen mit einer Bitte um Unterstützung, und jeder Leser der Missionszeitschriften wünschte wohl, recht reich zu sein, um diesen dringenden Bitten entsprechen zu können. Bei der großen Menge der dürftigen Missionen ist es klar, daß der einzelne nur wenig tun kann und daß das Zusammenwirken aller Kreise notwendig ist. Missionäre und Missionsfreunde werden daher nicht müde, immer wieder auf die Wichtigkeit der Missionen, gerade in unseren Tagen, hinzuweisen und Mittel vorzuschlagen, wie man den Missionen größere finanzielle Unterstützungen verschaffen könnte. Von den zahlreichen Vorschlägen, wie sie in der letzten Zeit gemacht wurden, mögen heute vier Aufnahme finden.

1.

Der erste stammt aus der Nyassa-Mission und richtet sich zunächst an Kirchenvorstände und Kirchendiener. Ein hochwürdiger Herr der Nyassa-Mission schreibt im „Afrika-Vote“ (1911, Novemberheft):

„In mehreren unserer größeren Missionen müssen die Missionäre beim Lesen der hl. Messe einer auf den anderen warten, besonders wenn in violetter, roter oder schwarzer Farbe gelesen werden soll. Von allen Posten hier im Vikariate laufen dringende Bitten ein um Alben, Zingulum und Altarwäsche; ein Segenvelum ist hier eine Seltenheit und vom Chormantel wollen wir schon gar nicht sprechen. Für zwei Stationen fehlen uns Kelche, Ciborium, Ewige Lampe, Altarkreuz, Altarleuchter, Weihwasserfessel und Rauchfaß. Eine Monstranze gibt es nur in einigen unserer zahlreichen Stationen.“